

**Klage, eingereicht am 23. Januar 2015 — ZZ und ZZ/Kommission****(Rechtssache F-8/15)**

(2015/C 089/58)

*Verfahrenssprache: Französisch***Parteien**

*Klägerinnen:* ZZ und ZZ (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte J.-N. Louis, R. Metz, N. de Montigny, D. Verbeke und T. Van Lysebeth)

*Beklagte:* Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidungen über die Festsetzung der Ansprüche der Klägerinnen auf Erstattung der jährlichen Reisekosten gemäß Art. 8 des Anhangs VII des Statuts der Beamten in der durch die Verordnung Nr. 1023/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten geänderten Fassung

**Anträge**

Die Klägerinnen beantragen,

- ihre Gehaltsabrechnungen für Juni und Juli 2014 aufzuheben, soweit mit ihnen zum ersten Mal Art. 8 des Anhangs VII des Statuts in der seit dem 1. Januar 2014 geltenden Fassung für die Festsetzung der Erstattung ihrer Reisekosten angewandt worden ist;
- soweit erforderlich, die Musterentscheidungen vom 15. Oktober 2014 aufzuheben, mit denen ihre Beschwerde zurückgewiesen wurde;
- der Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

---

**Klage, eingereicht am 23. Januar 2015 — ZZ u. a./Kommission****(Rechtssache F-10/15)**

(2015/C 089/59)

*Verfahrenssprache: Französisch***Parteien**

*Kläger:* ZZ u. a. (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte J.-N. Louis und R. Metz, Rechtsanwältin N. de Montigny, Rechtsanwalt D. Verbeke und Rechtsanwältin T. Van Lysebeth)

*Beklagte:* Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidungen, mit denen die Ansprüche der Kläger auf Erstattung der jährlichen Reisekosten in Anwendung von Art. 8 des Anhangs VII des Statuts der Beamten in der durch die Verordnung Nr. 1023/2013 des Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten geänderten Fassung festgesetzt werden

**Anträge**

Die Kläger beantragen,

- die Gehaltsabrechnungen der Kläger für den Monat Juni 2014 aufzuheben, soweit darin erstmals Art. 8 des Anhangs VII des Statuts in der seit dem 1. Januar 2014 geltenden Fassung angewandt wurde, um die Erstattung ihrer Reisekosten festzusetzen;

- soweit erforderlich, die Musterentscheidungen über die Zurückweisung ihrer Beschwerde vom 15. Oktober 2014 aufzuheben;
- der Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

---

**Klage, eingereicht am 26. Januar 2015 — ZZ/Kommission**

**(Rechtssache F-11/15)**

(2015/C 089/60)

*Verfahrenssprache: Französisch*

**Parteien**

*Kläger:* ZZ (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte S. Orlandi und T. Martin)

*Beklagte:* Europäische Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidung über die Festsetzung der Ansprüche des Klägers auf Erstattung der jährlichen Reisekosten in Anwendung von Art. 8 des Anhangs VII des Statuts der Beamten in der durch die Verordnung Nr. 1023/2013 des Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten geänderten Fassung

**Anträge**

Der Kläger beantragt,

- Art. 8 des Anhangs VII des Statuts für rechtswidrig und unanwendbar zu erklären;
- die Entscheidung, mit der die Erstattung der jährlichen Reisekosten der Kläger ab dem Jahr 2014 gestrichen wird, aufzuheben;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

---

**Klage, eingereicht am 26. Januar 2015 — ZZ/Kommission**

**(Rechtssache F-12/15)**

(2015/C 089/61)

*Verfahrenssprache: Französisch*

**Parteien**

*Kläger:* ZZ (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte J.-N. Louis, R. Metz und D. Verbeke sowie Rechtsanwältinnen N. de Montigny und T. Van Lysebeth)

*Beklagte:* Europäische Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Klage auf Aufhebung der Entscheidung, mit der die Ansprüche des Klägers auf Erstattung der jährlichen Reisekosten nach Art. 8 des Anhangs VII des Statuts der Beamten in der durch die Verordnung Nr. 1023/2013 des Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten geänderten Fassung festgesetzt werden